

Geschäftsführung:  
Fachdienst Rat und Bürgermeister

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der  
Stadt Lüdenscheid**

**am 15.02.2021**

**Kulturhaus, Freiherr-vom-Stein-Straße 9, 58511 Lüdenscheid**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses**

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

#### **von der CDU-Fraktion**

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Christoph Weiland

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

#### **von der SPD-Fraktion:**

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Jens Voß

#### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Ratsherr Andreas Stach

#### **von der FDP-Fraktion:**

Ratsherr Jens Holzrichter

#### **von der Fraktion DIE LINKE.**

Ratsherr Josef Filippek

### **Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:**

Ratsherr Claudius Bartsch

Ratsherr Peter Oettinghaus

### **Verwaltung:**

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer  
Dr. Karl Heinz Blasweiler

Herr Martin Bärwolf

Herr Matthias Reuver

Herr Sven Haarhaus

Herr Frank Kusmirtz

Frau Petra Noack

Herr Dieter Rotter

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Herr Andreas Beckmann

Frau Christina Padovano, Personalrat

Herrn Sven Prillwitz

Herr Frank Reinshagen

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Marit Schulte

Frau Claudia Stelse

### **Schriftführung:**

Frau Kerstin Marré

### **Abwesend:**

### **Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:**

Ratsherr Stephan Haase

Beginn: 17:04 Uhr

Ende: 18:28 Uhr

### **Öffentliche Sitzung**

Bürgermeister Wagemeyer eröffnet die heutige, mit Schreiben vom 03.02.2021 form- und fristgerecht einberufene öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Lüdenscheid.

Folgende Punkte sollen neu in die öffentliche Tagesordnung aufgenommen werden:

- Förderprogramm "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder"  
Vorlage 056/2021

Vorschlag: neuer Tagesordnungspunkt 6

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.02.2021 zur Wahlplakatierung  
Vorschlag: neuer Tagesordnungspunkt 7.1
- Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2021 zur Vorlage 010/2021 „Wahlplakatwerbung ab 2021“  
Vorschlag: neuer Tagesordnungspunkt 7.2
- Wahlplakatwerbung ab 2021 / 1. Ergänzung  
Vorlage 010/2021/1  
Vorschlag: neuer Tagesordnungspunkt 7.3
- Antrag der FDP-Fraktion vom 10.02.2021 zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021;  
Neuschaffung einer Planstelle „Leitung Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)“  
Bewertung: EG 15 TVöD  
Vorschlag: neuer Tagesordnungspunkt 8.1
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02.2021 zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021“;  
„Kulturhaus-Stellen“  
Vorschlag: neuer Tagesordnungspunkt 8.2
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.02.2021 zum Tagesordnungspunkt „Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept)“, Vorlage 039/2021;  
Verzicht auf Gewinnabführung der LüWo  
Vorschlag: neuer Tagesordnungspunkt 9.1
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.02.2021 zum Tagesordnungspunkt „Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept)“, Vorlage 039/2021;  
Verzicht auf Gewinnabführung des Seniorenwohnheimes Weststraße  
Vorschlag: neuer Tagesordnungspunkt 9.2
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02.2021 zum Tagesordnungspunkt „Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept)“; Vorlage 039/2021;  
Aufhebung des Beschlusses "Zuschuss Beschäftigte JobRad" aus dem AUK vom 27.01.2021  
Vorschlag: neuer Tagesordnungspunkt 9.3

Anschließend stellt Bürgermeister Wagemeyer fest, dass die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses einstimmig beschließen, die vorgenannten Punkte neu in die öffentliche Tagesordnung aufzunehmen.

Die anderen Punkte verschieben sich entsprechend.

## **1. Öffentliche Fragestunde**

---

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

## **2. Änderung der Hebesatzsatzung Vorlage: 041/2021**

---

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die als Anlage beigefügte Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Gemeindesteuern in der Stadt Lüdenscheid wird beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

## **3. Information zu den Auswirkungen des NKF-COVID-19-Isolierungsgesetzes Vorlage: 040/2021**

---

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

## **4. Erstattung von OGS-Elternbeiträgen sowie Elternbeiträgen für sonstige außerschulische Ganztags- und Betreuungsangebote in der Primarstufe für Januar 2021 Vorlage: 016/2021**

---

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachfolgenden

### **Beschluss:**

Die Träger von Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztags-schulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2) werden von der Stadt Lüdenscheid aufgefordert, für den Monat Januar 2021 keine Elternbeiträge einzuziehen bzw. falls der Einzug schon erfolgt ist, den Eltern die Beiträge zurückzuerstatten oder diesen Beitrag mit dem Beitrag für Folgemonate zu verrechnen.

Diese Beitragsaussetzung geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Betreuung in Anspruch genommen wird.

Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt, dass das Landeskabinett eine hälftige Übernahme der ausgefallenen Beiträge beschließt.

Für weitere Zeiträume werden die Elternbeiträge – in Analogie zur Erlasslage der Landesregierung Nordrhein-Westfalen – ebenfalls ausgesetzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

**5. Gesunde Ernährung der Kinder in Kindertagesstätten und Offenen Ganztagschulen**  
**Vorlage: 017/2021**

---

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

1. Dem Projekt Kita- und Schulverpflegung (Laufzeit: 2021 bis 31.07.2025) wird zugestimmt.
2. Das Vorgehen der Verwaltung, die hierfür notwendige Personalressourcen in den Stellenplan 2021 einzubringen, wird befürwortet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

**6. Förderprogramm "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern"**  
**Vorlage: 056/2021**

---

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, die Anträge frist- und formgerecht bei der Bezirksregierung Arnsberg einzureichen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

**7. Wahlplakatwerbung ab 2021**

---

**7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.02.2021 zur Wahlplakatierung**

---

Nach Vortrag durch Ratsherr Filippek zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. teilt Ratsherr Holzrichter mit, dass sich in der heutigen Sitzung voraussichtlich die Mehrheit für den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der Ursprungsvorlage 010/2021 aussprechen würde.

Er schlage daher vor, zunächst dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zuzustimmen, damit somit wieder die Beschlusslage auf den Stand der Vorlage 010/2021 zurückgesetzt würde. Die Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 03.02.2021, die sich in der Ergänzungsvorlage 010/2021/1 wiederfinden würde, sei dadurch dann wieder aufgehoben.

Im Anschluss könne die Vorlage 010/2021 um den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entsprechend ergänzt werden.

Anschließend lässt Bürgermeister Wagemeyer über den Antrag der Fraktion Die LINKE., der wie folgt lautet, abstimmen.

*Wir beantragen die Streichung von 105.000 € in der Haushaltstelle 02.03.02 – Wahlplakatierung STL - und die erneute Abstimmung über die ursprüngliche Beschlussvorlage 010/2021 – Wahlplakatwerbung 2021 der Verwaltung.*

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses stimmen der ursprünglichen Beschlussvorlage 010/2021 mit Stimmenmehrheit zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	2

**7.2. Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2021 zur Vorlage "Wahlplakatwerbung ab 2021"**

---

Fachbereichsleiter Bärwolf gibt zunächst auf Wunsch von Rats Herrn Filippek eine Einschätzung der Verwaltung zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Der Vorschlag einmalig 600 Laternenmaststandorte auszusuchen, sei sicherlich pragmatischer als 200 Grundstücke aufgeteilt nach Wahlbezirken für die Aufstellung der Holzrahmen bis zum September dieses Jahres zu finden.

Aber auch hier würden bei einer Vielzahl der Standorte Fragen zu der verkehrlichen Bewertung zu klären sowie weitere Behörden zu beteiligen sein. Die Verwaltung würde bei entsprechender Beschlussfassung ihr Möglichstes geben, den Beschluss umzusetzen. Eine Garantie hierfür könne er aber nicht geben.

Rats Herr Voß hält es für wichtig, dass die Stadt Lüdenscheid auch vorgeben müsse, dass für die Plakatträger sowie für die Wahlplakate nur recycelbare Materialien aus dickerem Papier bzw. Pappe verwendet werden dürften.

Rats Herr Fröhling schließt sich dem Vorschlag von Rats Herrn Voß an. Es sollten keine Hohlkammerplakatträger, sondern explizit Pappe verwendet werden.

Die CDU-Fraktion werde dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen.

Des Weiteren wolle er darauf hinweisen, dass in der Ursprungsvorlage keine Kosten für die erforderlichen Kontrollen durch die Verwaltung aufgeführt seien.

Rats Herr Stach teilt ergänzend zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass nach der Bundestagswahl eine Evaluierung vorgenommen werden könne.

Im Anschluss lässt Bürgermeister Wagemeyer über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Ergänzung, dass für die Plakatträger und die Wahlplakate Pappe verwendet werden müsse, abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen inklusive der vorstehenden Ergänzung bei einer Gegenstimme zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	1

**7.3. Wahlplakatwerbung ab 2021 / 1. Ergänzung**  
**Vorlage: 010/2021/1**

---

Über diese Ergänzungsvorlage erfolgt aufgrund der unter der Tagesordnungspunkte 7.2 und 7.3. gefassten Beschlüsse keine Abstimmung mehr.

**8. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021**

---

**8.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 10.02.2021 zum Stellenplan 2021;  
Neuschaffung einer Planstelle "Leitung Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)"  
Bewertung: EG 15 TVöD**

---

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Neuschaffung einer Planstelle „Leitung Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)“, Bewertung: EG 15 TVöD, wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

**8.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02.2021 zum Stellenplan 2021; "Kulturhaus-Stellen"**

---

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass die CDU-Fraktion den in ihrem Antrag aufgeführten Punkt 1 zu der Stelle „Produktionsassistentin mit der Stellenplannummer B115996 (Ifd. Nr. 38)“ zurückziehen würde. Punkt 2 des Antrages solle aber in unveränderter Form bestehen bleiben.

Anschließend lässt Bürgermeister Wagemeyer über den geänderten Antrag abstimmen

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst bei einer Gegenstimme folgenden

**Beschluss:**

In Abänderung zu den Stellenplanänderungen 2021, erste Ergänzung, wird Folgendes beschlossen:

Die Stelle mit der Stellenplannummer B133328 (Ifd. Nr. 38 c) wird bis zur Rückkehr der Kulturhausleiterin befristet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 1

**8.3. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 / Erste Ergänzung**  
**Vorlage: 281/2020/1**

---

Bürgermeister Wagemeyer lässt über den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 in Form der ersten Ergänzung, die die Änderungen aufgrund der soeben beschlossenen Anträge unter den Tagesordnungspunkten 8.1 und 8.2. beinhalten würden, abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt bei einer Gegenstimme folgenden

**Beschluss:**

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12  
Nein-Stimmen: 1

---

**9. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021  
(einschließlich Haushaltssicherungskonzept)**

---

**9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.02.2021 zum Verzicht auf Gewinnabführung der LüWo**

---

Ratsherr Filipppek trägt zunächst Einzelheiten zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. vor.

Nach kurzer Aussprache lässt Bürgermeister Wagemeyer über den Antrag abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Stimmenmehrheit ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 1  
Nein-Stimmen: 11  
Enthaltungen: 1

**9.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.02.2021 zum Verzicht auf Gewinnabführung des Seniorenwohnheimes Weststraße**

---

Nach Vortrag durch Ratsherrn Filipppek und anschließender Erörterung lässt Bürgermeister Wagemeyer über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Stimmenmehrheit ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 1  
Nein-Stimmen: 11  
Enthaltungen: 1

**9.3. Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02.2021; Aufhebung des Beschlusses "Zuschuss Beschäftigte JobRad" aus dem AUK vom 27.01.2021**

---

Nach Vortrag durch Ratsherrn Fröhling teilt Ratsherr Holzrichter mit, dass die FDP-Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion zustimmen würde.

Ratsherr Voß führt unter anderem aus, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag nicht mittragen würde.



Anschließend lässt Bürgermeister Wagemeyer über den Antrag abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag der CDU-Fraktion mit Stimmenmehrheit ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 6  
Nein-Stimmen: 7

**9.4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021  
(einschließlich Haushaltssicherungskonzept)  
Vorlage: 039/2021**

---

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt bei einer Gegenstimme nachstehenden

**Beschluss:**

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 sowie das Haushaltssicherungskonzept 2012-2022 in der für 2021 fortgeschriebenen Fassung werden beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12  
Nein-Stimmen: 1

**10. Elfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst  
Vorlage: 032/2021**

---

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Elfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst wird in der als Anlage beigefügten Form erlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

**11. Einrichtung und Betrieb einer betrieblichen Kinderbetreuung  
Vorlage: 266/2020**

---

Ratsherr Weiland führt aus, dass es sich bei dieser Beschlussvorlage um ein Thema der Kinder- und Jugendhilfeplanung handeln würde. Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz müsse hierzu seiner Ansicht nach der Jugendhilfeausschuss angehört werden. Er stelle daher die Frage, ob und in welcher Form der Jugendhilfeausschuss beteiligt worden sei.

Fachbereichsleiter Reuver teilt hierzu mit, dass der Schwerpunkt im Personalbereich gesehen worden wäre. Er pflichte Ratsherrn Weiland aber bei, dass eine Behandlung im Jugendhilfeausschuss hätte erfolgen können.

Ratsherr Weiland spricht sich dafür aus, die Beschlussvorlage zurückzustellen.  
Es müsste zuerst eine Beratung im Jugendhilfeausschuss erfolgen.

Ratsherr Holzrichter schlägt vor, den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass dieser vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses erfolgen würde.

Diesem Vorschlag schließen sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses an.

Anschließend fasst der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

**abweichenden Beschluss:**

Für Kinder der Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Stadt Lüdenscheid wird eine Kinderbetreuung im Rahmen einer Großtagespflegestelle – **vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses** – eingerichtet. Dabei sind die in der Begründung dargestellten Rahmenbedingungen zu beachten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

**12. Ida Gerhardi Schule; hier: Trägerschaft der Offenen Ganztagsbetreuung  
Vorlage: 019/2021**

---

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachfolgenden

**Beschluss:**

Der Rat befürwortet das Vorgehen der Verwaltung, die Offene Ganztagsbetreuung an der Ida Gerhardi Schule in eigener Trägerschaft durchzuführen und das hierfür notwendige Betreuungspersonal in den Stellenplan 2021 einzubringen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

**13. Förderprogramm "NRW.BANK.Gute Schule 2020";  
hier: Verwendung von Mitteln für die Ida Gerhardi Schule,  
An der Friedensschule 8, 58509 Lüdenscheid  
Vorlage: 015/2021**

---

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die im Rahmen des Förderprogramms „NRW.BANK.Gute Schule 2020“ noch zur Verfügung stehenden Mittel sollen anteilig in Höhe von 72.000 € für die in der Begründung erläuterte Maßnahme verwendet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

**14. Zustimmung zur Durchführung von Vergabeverfahren mit einem Auftragswert über 500.000 €; hier: Gewässerrenaturierung des Honselers Baches und Kinderspielplatz Honselers Bruch  
Vorlage: 043/2021**

---

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Veröffentlichung des Vergabeverfahrens „Gewässerrenaturierung Honselers Bach und Kinderspielplatz Honselers Bruch“ wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

**15. Energiekonzept für den Neubau der Musikschule Lüdenscheid  
hier: Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen  
Vorlage: 042/2021**

---

Herr Bartsch begründet die Anregung der ÖDP und weist in diesem Zusammenhang auch auf das in 2019 beschlossene Klimaschutzprogramm der Stadt Lüdenscheid hin. Die Realisierung einer PV-Anlage auf der Dachfläche des Neubaus der Musikschule hätte zum Beispiel in Kooperation mit den Stadtwerken Lüdenscheid und der Bürger-Energie Lüdenscheid eG erfolgen können.

Im April 2021 würde die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ein Förderprogramm auflegen, bei dem besonders der Ausbau der Solarenergie bei Landes- und kommunalen Immobilien berücksichtigt werden sollte.

Die ÖDP stelle daher eine Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen, dass die Stadt Lüdenscheid einen Antrag auf Fördermittel beim Land Nordrhein-Westfalen für den Ausbau von Solarenergie auf dem Dach des Neubaus der Musikschule sowie für andere kommunale Gebäude stellen sollte.

Bürgermeister Wagemeyer weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine neue Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen handeln würde. Die ÖDP möge diese Anregung schriftlich formulieren und bei der Stadt Lüdenscheid einreichen.

Ratsherr Holzrichter schlägt vor, dass die ÖDP diese Anregung einreichen sollte, wenn Details zu dem neuen Förderprogramm vorliegen würden.

Des Weiteren teilt er mit, dass die Kosten für den Neubau der Musikschule aus Sicht der FDP-Fraktion nicht noch mehr steigen sollten. Ggf. könne durch eine Förderung das Dach noch im Nachhinein mit einer PV-Anlage nachgerüstet werden.

Grundsätzlich pflichtete er Herrn Barsch aber bei, dass die Stadt Lüdenscheid in dieser Hinsicht mehr tun müsste und sich nicht darauf zurückziehen könne, dass die technischen Voraussetzungen nicht gegeben seien.

Ratsherr Voß teilt mit, dass die Stadt Lüdenscheid nicht untätig gewesen sei. Zum Beispiel sei die Statik der Turnhallendächer auf Machbarkeit untersucht worden.

Die Installation von PV-Anlagen seien investive Maßnahmen. Aufgrund des „investiven Deckels“ müsse bedacht werden, dass für den Erwerb von Solaranlagen andere Maßnahmen verschoben werden müssten. Bei den anstehenden Neubauten im Feuerwehrbereich würden die festgelegten Klimaschutzmaßnahmen angewandt.

Die bestehenden Planungen für den Neubau der Musikschule sollten im laufenden Prozess nicht mehr geändert werden. Die Installation einer PV-Anlage könne eventuell noch nachträglich erfolgen.

Ratsherr Filippek teilt mit, dass sich seine Fraktion noch nicht zu diesem Thema beraten hätte. Er erkundigt sich, wie weit die Baumaßnahme bereits fortgeschritten sei und ob gegebenenfalls der Punkt auf die nächste Sitzung vertagt werden könne.

Herr Beckmann, Zentrale Gebäudewirtschaft, berichtet, dass die Dachfläche, der Rand des Daches, die Wärmedämmung sowie auch die Dachbegrünung bereits komplett fertig gestellt seien. Die Planungen seien aus dem Jahr 2016. Im Rahmen der bestehenden Planungen seien die geltenden Vorschriften gemäß Bau-, Förderantrag sowie deren Genehmigungen einzuhalten gewesen. Die Installation einer PV-Anlage sei technisch möglich, würde aber neue Planungen erfordern sowie zu einer Verlängerung der Bauzeiten führen.

Nach weiterer Erörterung spricht sich Bürgermeister Wagemeyer dafür aus, in der heutigen Sitzung über die Beschlussvorlage abzustimmen. Die ÖDP könne die neue Anregung schriftlich einreichen.

Die Verwaltung würde prüfen, ob Fördermittel aus dem vorgesehenen Landesprogramm für die nachträgliche Installation einer PV-Anlage auf dem Dach der Musikschule bewilligt würden. Geprüft werden müsse aber auch, ob eine PV-Anlage an dieser Stelle sinnvoll sei.

Im Anschluss fasst der Haupt- und Finanzausschuss bei einer Enthaltung folgenden

#### **Beschluss:**

Das Energiekonzept des Neubaus der Musikschule wird wie geplant umgesetzt. Die Anregung der Ökologisch Demokratischen Partei, ÖDP, Kreisverband Märkischer Kreis, zur Veränderung des Konzepts wird abgelehnt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	12
Enthaltungen:	1

#### **16. Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW Klimaschutz-Förderung - "Mobilität" - Vorlage: 048/2021**

---

Herr Bartsch teilt mit, dass die ÖDP sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht anschließen könne und begründet dies.

Im Anschluss schlägt Ratsherr Filippek vor, die Beschlussfassung zu vertagen und die Anregung zunächst in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz zu behandeln.

Nach Beendigung der Aussprache fragt Bürgermeister Wagemeyer, ob auf Wunsch der ÖDP über die Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung eine Abstimmung erfolgen oder an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zur Beratung verwiesen werden solle.

Die ÖDP spricht sich für eine Behandlung ihrer Anregung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz aus.

**17. Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW; hier: Bürgerbeteiligung  
(Link auf der Homepage der Stadt Lüdenscheid)  
Vorlage: 051/2021**

---

Herr Gregor, stellvertretender Vorsitzender der ÖDP im Märkischen Kreis, teilt zunächst mit, dass viele Bürgerinnen und Bürger den Eindruck hätten, dass sie für Politiker nur bei anstehenden Wahlen wichtig seien. Die Versprechen der Politiker seien nach der Wahl schnell wieder vergessen. Dies führe zur Politikverdrossenheit und Sorge für immer niedrigere Wahlbeteiligungen.

Viele Bürgerinnen und Bürger würden die Möglichkeiten zur Beteiligung, die es aufgrund der Paragraphen 24, 25 und 26 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen durchaus geben würde, nicht kennen. Informationen hierzu müssten gesucht und recherchiert werden. Es würde nicht aktiv auf diese Möglichkeiten hingewiesen. Eine intensive Bürgerbeteiligung sei aber der Schlüssel, insbesondere auf kommunaler Ebene, um Politik und Menschen wieder näher zusammenzubringen. Deshalb hätte die ÖDP einen Vorschlag gemacht, den er nun konkret erläutern wolle.

Auf der Homepage der Stadt Münster würde nach dem Anklicken des Menüs „Rathaus“ direkt der Menüpunkt „Bürgerbeteiligung“ neben den Menüpunkten „Rat und Politik“ und „Oberbürgermeister“ erscheinen. Nach dem Anklicken des Punktes „Bürgerbeteiligung“ bekäme man ausführlich und in einfachen Worten alle Beteiligungsformen erläutert.

Auf der Homepage der Stadt Lüdenscheid sei dagegen als einziges das „Ideen- und Beschwerdemanagement“ direkt sichtbar. Dabei ginge es um die Zufriedenheit und die Probleme mit der Verwaltung. Informationen zu den Beteiligungsrechten seien auf der Homepage nur schwer und über die Suchfunktion zu finden. Des Weiteren seien die Inhalte auf den Seiten zu den Petitionen an den Rat, Bürgerbegehren und Einwohneranträge nur schwer verständlich. Auch gäbe es keine Verlinkungen zu den jeweiligen Verweisen auf die Paragraphen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen.

Der Vorschlag der ÖDP laute daher, die Inhalte von der Stadt Münster zu übernehmen und den Link „Bürgerbeteiligung“ an prominenter Stelle zu platzieren. Dies sei mit wenig Aufwand umsetzbar.

In der Beschlussvorlage der Verwaltung würde darauf hingewiesen, dass es erste Überlegungen zu neuen Bürgerbeteiligungsformaten gäbe und ein umfassendes Konzept entwickelt werden solle. Dies würde die ÖDP begrüßen und bei der Erarbeitung gern ihre Vorschläge mit einbringen. Die Entwicklung und die Umsetzung eines umfassenden Konzeptes können vielleicht noch drei, vier oder fünf Jahre dauern. Daher schlage die ÖDP vor, bereits jetzt als kleineren aber wichtigen Schritt, die von ihnen vorgeschlagenen Anpassungen auf der Homepage der Stadt Lüdenscheid vorzunehmen.

Im Anschluss eröffnet Bürgermeister Wagemeyer die Aussprache.

Ratsherr Holzrichter schlägt vor, die Beschlussvorlage wie folgt umzuformulieren:

*Der Anregung der ÖDP wird gefolgt. Die Umsetzung erfolgt wie in der Begründung beschrieben.*

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses schließen sich diesem Vorschlag an.

Bürgermeister Wagemeyer geht anschließend auf den Vortrag von Herrn Gregor wie folgt ein. Es gäbe seiner Auffassung nach keinen Dissens bei den Fraktionen der Stadt Lüdenscheid, dass die Bürgerbeteiligung in den kommenden Jahren noch verstärkt werden müsse. In dem Vortrag hätte Herr Gregor deutlich dargestellt, was Bürgerinnen und Bürger von

Politikern halten würden. Hierzu könne gesagt werden, dass auch die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker in erster Linie Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt seien und sich für Lüdenscheider Belange engagieren würden.

Des Weiteren wolle er die Aussagen dahingehend zurückzuweisen, dass die Umsetzung eines Konzeptes bis zu fünf Jahren dauern würde. Es sei nicht so, dass es in der Vergangenheit keine Bürgerbeteiligungen gegeben hätte. Zukünftig solle diese Beteiligung noch weiter ausgebaut werden.

Im Anschluss formuliert Bürgermeister Wagemeyer den geänderten Beschlussvorschlag wie folgt:

*Der Anregung der ÖDP wird an dieser Stelle unter Berücksichtigung der Begründung der Verwaltung an der Stelle gefolgt.*

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses fassen einstimmig nachstehenden

### **abweichenden Beschluss:**

Der Anregung der ÖDP wird an dieser Stelle unter Berücksichtigung der Begründung der Verwaltung an der Stelle gefolgt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13

---

## **18. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **18.1. Bekanntgaben**

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

---

### **18.2. Beantwortung von Anfragen**

---

#### **18.2.1. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Bartsch vom 25.01.2021 zu Anregungen und Beschwerden nach § 24 Gemeindeordnung NRW**

---

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Ratsherr Bartsch weist darauf hin, dass aus seiner Sicht das erste Gespräch mit der Verwaltung in der Beantwortung falsch dargestellt sei. Er hätte sich nur nach seinem Antragsrecht als Ratsmitglied erkundigt.

Des Weiteren wolle er darauf hinweisen, dass er die bisherigen Anregungen nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen nicht als Ratsmitglied, sondern als Mitglied der ÖPD-Partei gestellt hätte.

---

### **18.3. Anfragen**

**18.3.1. Schriftliche Anfrage des Rats Herrn Weiland vom 11.02.2021 zur  
Abmilderung der Corona-Folgen für den Lüdenscheider Einzelhandel  
und die Gastronomie**

---

Bürgermeister Wagemeyer sagt eine Beantwortung für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.03.2021 zu.

**18.3.2. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.02.2021 zum Investitions-  
paket zur Förderung von Sportstätten 2021**

---

Eine Beantwortung wird laut Bürgermeister Wagemeyer in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.03.2021 erfolgen.

Bürgermeister Wagemeyer schließt die öffentliche Sitzung.

*gez. Wagemeyer*

Vorsitzender

*gez. Kerstin Marré*

Schriftführerin